



Städte und Gemeinden im Landkreis Cham können sich über einen „Nachschlag“ bei den Schlüsselzuweisungen freuen: Sie erhalten insgesamt über 9,1 Millionen Euro mehr für corona-bedingte Gewerbesteuerausfälle. FOTO: MONIKA SKOLIMOWSKA/DPA

Nachschlag bei Zuweisungen

KOMMUNALFINANZEN

MdL Dr. Hopp (CSU) informiert: Kommunen im Landkreis Cham erhalten über 9,1 Millionen Euro mehr.

CHAM/LANDKREIS. Gute Nachrichten für den Landkreis Cham kann aktuell der Chamer Landtagsabgeordnete und Mitglied des Haushaltsausschusses, Dr. Gerhard Hopp (CSU), verkünden. Nach der Bekanntgabe der Schlüsselzuweisungen vor wenigen Tagen in Höhe von über 55,3 Millionen Euro erhalten die Chamer Städte und Gemeinden mit über 9,1 Millionen Euro einen kräftigen „Nachschlag“ für die Schlüsselzuweisungen aus dem Jahr 2020.

In einer Pressemitteilung schreibt Dr. Hopp: „Bayern geht gemeinsam mit seinen Kommunen durch die Corona-Krise. Wir werden die corona-bedingten Gewerbesteuerausfälle unserer Gemeinden und Städte wie geplant zu 100 Prozent pauschal ausgleichen. Das ist ein positives Signal und eine kräftige Unterstützung für unsere Kommunen. Am 15. Dezember wird das Geld überwiesen. Die ermittelten Gewerbesteuerausfälle fallen mit rund 2,18 Milliarden Euro geringer aus als

erwartet. Bayern reicht die zugesagten 2,4 Milliarden Euro mit über einer Milliarde Euro aus Bundesmitteln und 1,3 Milliarden Euro aus Landesmitteln trotzdem vollständig an die Kommunen aus: 220 Millionen Euro kommen quasi als ‚Nachschlag‘ auf die Schlüsselzuweisungen 2020 an die Gemeinden.“

Weiter sagt Dr. Hopp: „Wir sorgen damit für Stabilität in den Kommunal финанzen und erhalten die einzigartige Investitionskraft unserer Kommunen.“ Besonderer Dank gebühre neben Finanzminister Albert Füracker auch

MdB Karl Holmeier für seine Unterstützung auf Bundesebene sowie Landrat und Bezirkstagspräsident Franz Löffler, der den kommunalen Finanzausgleich für die Bezirke mitverhandelt hatte.

Die Unterstützung der bayerischen Kommunen hatte dabei für den Freistaat von Anfang an hohe Priorität. Daher wurde der kommunale Finanzausgleich 2020 trotz Krise auf über zehn Milliarden Euro gehalten. „Zur Sicherung der Liquidität der Kommunen wurden Finanzausgleichsleistungen in Höhe von drei Milliarden Euro vorge-

zogen und haushaltsrechtliche Erleichterungen umgesetzt.“

Wie der Abgeordnete weiter informiert, war ein weiterer Meilenstein die Verdoppelung des Konjunkturpakets des Bundes mit Landesmitteln auf über vier Milliarden Euro. Zentrale Maßnahme ist der pauschale Ausgleich für krisenbedingte Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden, der jetzt ausgezahlt werden kann.

Der Mittel an die Gemeinden des Landkreises Cham verteilen sich nach Angaben von Dr. Hopp wie folgt (in Euro): Arnschwang 71 278, Arrach 114 139, Blaibach 86 316, Cham 1 400 523, Chamerau 42 531, Eschlkam 139 635, Falkenstein 137 766, Furth im Wald 270 317, Gleißenberg 43 551, Grafenwiesen 136 338, Hohenwarth 87 244, Bad Kötzting 116 880, Lam 137 143, Michelsneukirchen 68 596, Miltach 43 104, Neukirchen b. Hl. Blut 562 124, Pemfling 153 811, Pöding 31 240, Reichenbach 60 533, Rettenbach 144 400, Rimbach 81 777, Roding 3 028 619, Rötzing 393 106, Runding 218 828, Schönthal 62 885, Schorndorf 80 333, Stamsried 98 930, Tiefenbach 76 976, Traitsching 151 141, Treffelstein 36 571, Zell 117 648, Waffenbrunn 79 603, Wald-Walderbach 95 017, Waldmünchen 451 032, Weiding 105 194, Willmering 73 047, Zandt-Lohberg 109 513

FREUDE BEI SPD-ABGEORDNETEN

Entlastung: Auch MdL Annette Karl und MdB Marianne Schieder (beide SPD) freuen sich über den pauschalen Ausgleich für die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer im Jahr 2020 infolge der Corona-Krise, der auf der Grundlage des Bundesgesetzes zur finanziellen Entlastung der Kommunen erfolgt.

Mittel: Der Freistaat Bayern stellt dabei 1,3 Milliarden Euro zur Verfügung, die mit 1,1 Milliarden Euro Bundesmitteln noch einmal auf insgesamt 2,4 Milliarden Euro aufgestockt werden.

SPD-Initiative: Für die beiden SPD-Abgeordneten ist laut einer Pressemitteilung allerdings klar, dass auch für 2021 ein Ausgleich erforderlich sein wird. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb eine Initiative ergriffen, damit auch im folgenden Jahr die erforderlichen Mittel für die Gemeinden fließen können. Der Landtag hat dieser Initiative bereits zugestimmt. Die bayerische Staatsregierung sei jetzt aufgefordert, die entsprechenden Maßnahmen zusammen mit dem Bund für das Jahr 2021 in die Wege zu leiten.